

An die Vorsitzende des
Stadtentwicklungsausschusses
Frau Birgit Gordes

An den Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 24.09.2015

AN/1468/2015

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Stadtentwicklungsausschuss	01.10.2015

Umsetzung und Wirksamkeit der Wohnraumschutzsatzung

Sehr geehrte Frau Gordes,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.10.2015 aufzunehmen:

Die Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt ist weiterhin und absehbar auch zukünftig angespannt. Der Druck auf den Wohnungsmarkt wird zusätzlich erhöht durch die Umwandlung von Wohnraum in Gewerbe – einen besonders dreisten Fall am Rathenauplatz zeigten Pressemeldungen vom 24.09.2015. Solche und andere Formen der Zweckentfremdung von Wohnraum soll die Wohnraumschutzsatzung verhindern. Sie wurde vom Kölner Rat am 08.04.2014 erlassen (angepasst durch Ratsbeschluss am 01.07.2014).

Aufgrund der Lage auf dem Wohnungsmarkt und anlässlich solcher Meldungen ist eine Information der Fachausschüsse bezüglich der Umsetzung der Wohnraumschutzsatzung und ihrer Wirksamkeit notwendig. Die Fraktion DIE LINKE bittet daher die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:

- (1) Wie viele Mitarbeiter sind derzeit mit der Umsetzung der Wohnraumschutzsatzung beschäftigt (wurden inzwischen die drei zugesetzten Stellen besetzt) und wie verteilt sich das Personal auf die einzelnen Aufgaben, die hiermit zusammenhängen (Ermittlung, Verfolgung, nachträgliche Genehmigungen, Anordnungen)?
- (2) Wie stellen sich die in Anlage 4 zur Vorlage 0610/2013 aufgeführten Planzahlen in Abgleich mit der realen Entwicklung dar? (Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der in der Anlage genannten Punkte: Anzahl der Anträge und Genehmigungen auf Abbruch von Wohnraum, Anzahl der Anträge und Genehmigungen auf Umwandlung von Wohnraum, Verstoßverfahren wegen Leerstand, Verstoßverfahren wegen Umwandlung, erhaltene Wohnfläche in qm, Anzahl der erhaltenen Wohneinheiten, Höhe der Bußgelder, Höhe der Ablösebeträge.)
- (3) Mit welchen Mitteln und in welchem Umfang erfolgt die Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen die Bestimmungen der Wohnraumschutzsatzung (gemäß § 2 Abs. 2), wurden z.B. Internetportale durchsucht, Zeugen befragt, wie wurde die Erfüllung der Auskunftspflicht der Eigentümer und Vermittler von Unterkünften erwirkt?
- (4) In welchen Bereichen findet zwischen welchen Ämtern eine Zusammenarbeit statt, um die Wohnraumschutzsatzung umzusetzen?
- (5) Welche weiteren rechtlichen Mittel und organisatorischen Maßnahmen sind denkbar, um der Zweckentfremdung von Wohnraum entgegen zu wirken, ist ihre Anwendung in Planung und falls nein: Warum nicht?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE. Köln